

# O Jammerstand!\* – Skeptische Gedanken eines Planers zum Thema Müll

*Rainald Ensslin*

Eines Tages geschah das Unerwartete. Anstatt die Eimer zum Müllwagen zu rollen und dort per Knopfdruck auszukippen, nahmen die Arbeiter eine Tonne um die andere, schleppten sie vor die Wohnungs- und Haustüren und kippten sie dort aus. Die leeren Tonnen luden sie auf einen Lastwagen und fuhren davon.

Da hatte nun endlich jeder seinen Müll wieder. Die Milchtüten und die Fischdose vom vergangenen Mittwoch, die Styroporpackung vom neuangeschafften Heimcomputer, Papas alte Badesandalen, verrottete Salatblätter, Apfelschalen, Butterpapier, Kaffeesatz, etwas Kondensmilch, die noch aus der Dose sickerte, Wattetupfer, Schuhprospekte, zerrissene Socken, den zerbeulten Ball des kleinen Fritz, stinkende Plastikbeutel mit nassem, ekeligem Zeug. Alles, alles was im Laufe der letzten Tage ex und hopp gegangen war. Es stank vor sich hin, raschelte im Wind, rann vollends auf der Treppenstufe hinab, rieselte seitlich heraus. Mücken summten herum, und vereinzelt pickten Vögel nach Maden und Resten.

Alle Standorte sind ungeeignet

Dabei hatte es niemand glauben wollen, daß es so kommen würde, obwohl es jeder wußte. Zwanzig Jahre lang hatte man darum verhandelt, Vorschläge gemacht, Gegenvorschläge angehört, Plätze besichtigt, Anlagen bestimmt, Fachleute ins Brot gesetzt, noch besseren Fachleuten ihr kärgliches Auskommen gesichert. Nichts tat sich.

Einigte man sich auf eine Verwertungsmethode, stellte sich diese alsbald als nachteilig heraus. Fand man einen Standort für eine Anlage, dann war es der schlechteste, für Natur, Umwelt, ja sogar für die Menschen ungeeignetste Platz auf der Welt. Vereine, Bürger, Räte, Oberbürgermeister, Abgeordnete, Forscher, Gutachter, Kirchenleute, alle waren sich aus profunder Sachkenntnis endlich ganz einig: Dieser einmalig schöne Platz an unserem Ort war aus allen erdenklichen Gründen grundfalsch. Das gewählte Beseitigungsverfahren war überholt, die

beauftragte Planungsfirma voreingenommen, die Standortauswahlmethode unsachlich, die Nebenfragen der Abwasserreinigung, der Rauchgaswäsche, der Resteverbringung, des Verkehrslärms völlig unbefriedigend gelöst. Mit unzähligen, bisher unmeßbaren Schadstoffen, gesundheitsgefährdenden Substanzen hatte man gar nicht gerechnet.

Überhaupt, wie konnte jemand auf die hirnrissige Idee kommen, daß an diesem paradiesischen Platz die Abfälle der Bürger und Fabriken aus anderen Orten zumutbar seien? Ja wenn wenigstens die Lasten auf alle Beteiligten gleich verteilt würden, wenn wenigstens die völlig unzumutbaren Schadstoffe nicht den hiesigen Lebensraum, die Atemluft unserer Kinder belasten würden, sondern anderswo emittieren könnten. Denn für fast jedermann war klar: Wenn die anderen Menschen, die Betriebe und die Öffentlichkeit nicht so viel Müll produzieren würden, wenn diese Gesellschaft nicht so bequem, denkfaul nur auf's Produzieren, Verbrauchen und Wegwerfen eingestellt wäre, dann hätten wir keine Probleme.

Müllwagen gehen preiswert in ein Entwicklungsland

Endlich, endlich hatte das dann auch «die Müllabfuhr» begriffen. Sie war nicht erwünscht, ja eigentlich unnötig, denn was sie produzierte, konnte man nirgends im Land brauchen. Sie stellte den Betrieb ein, verkaufte Eimer, Müllwagen und Geräte preiswert in ein Entwicklungsland über dem Meer. Der Erlös wurde als Sondereinnahme gebucht.

Es war ein einmaliger Akt ausgleichender Gerechtigkeit durch die Müllwerker. Jeder hatte nun seinen Müll und keinen fremden mehr, jeder hatte nur seine kleine, eigentlich fast unschädliche Fracht von Schadstoffen vor der Haustüre. Aber wie so oft, wenn wirklich Gerechtigkeit vollzogen wird, es ging ein Aufschrei durch die Bevölkerung; spontan bildeten sich tausend Initiativgruppen, Räte hielten Sondersitzungen, fieberhaft suchte man nach Möglichkeiten, um diesen Fehlgriff, diese Katastrophe zu bewältigen. Wie konnte man nur derartig kurzschlüssig handeln, so unglaublich verantwortungslos, pflichtvergessen. Dabei war man doch bereits seit zehn Jahren kurz davor, eine große gemeinsame Lösung zu finden, hatte man schon alle Grundsatzbeschlüsse gefaßt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

\* Ausruf einer schwäbischen Hausfrau angesichts ihres in den Dreck gefallenen Buben.



Eine von vielen Mülldeponien im Lande: der Schweinerain im Tübinger Stadtgebiet.

Fabrikture mit wiederverwendbarem Packmaterial zugeschüttet

Die Aktion der Müllwerker setzte eine ungeahnte Kreativität frei. Die Ortskenner nannten gerade in der weiteren Nachbarschaft eine Fülle neuer, wirklich harmloser Standortvorschläge. Die technischen Probleme der größeren Anlagen waren alsbald bei weitem leichter lösbar als bisher angenommen. Natürlich kamen auch unsachliche Vorschläge, beispielsweise den Dreck den Mandatsträgern und Amtsoberen vor die Türe zu karren, die angeblich viel zu lange keine verantwortliche und keine vom Kirchturmsdenken losgelöste Entscheidung gefällt hatten; doch das war unzutreffend. Wenig hilfreich

war auch die Idee, den Müll in Güterwagen auf den Nebenstrecken der Bahn zwischenzulagern: Es gab nicht genug Waggons dafür, obwohl die Strecken frei waren.

Etwas befriedigender war eine Fülle kleinerer Initiativen. Systematisch wurden fortan beispielsweise den Zeitungsverlagen die den Zeitungen beigefügten farbigen Prospekte zurückgeschickt; die nicht mehr akzeptierten zurückflutenden Postwurfsendungen und Kataloge verstopften die Postbriefkästen, so daß die Post den Versand untersagte. Manche Fabrikture waren gleichsam über Nacht zugeschüttet mit dem dort reichlich ausgegebenen, wiederverwendbaren Packmaterial.

Die Brauereien konnten sich vor den massenhaft zu-

rückgelieferten leeren Bierdosen und Plastikbehältern nicht mehr retten. Bauhandwerker erhielten nur noch Aufträge, wenn sie alle Materialreste und den Bauschutt restlos wieder mitnahmen. Vor allem entschlossen sich viele Haushalte, weniger unnötige Gegenstände zu kaufen, lieber etwas wiederzuverwenden als nicht zu wissen, wohin damit. Sogar die Industrie fing an umzudenken, denn die Speditionskosten für die private Beförderung der Produktionsabfälle ins Ausland stiegen ins Ungemessene, die Produktionshallen und Fabrikhöfe quollen über vom dort entstehenden und beim besten Willen nicht mehr absetzbaren Müll.

Weniger erfreulich, aber deutlich erkennbar wurden die Veränderungen allerdings in den Städten und Dörfern. Die flinken kleinen fliegenden, laufenden, nagenden Stadtbewohner nahmen schnell zu, eine neue feine, an Gartenfeuer und Gärung erinnernde Geruchsnote prägte die Siedlungen. Es kam wieder mehr Farbe und Abwechslung in die freien Flächen, in die Gräben und an die Waldränder: Wer konnte nur sein Sofa in die Wiese gestellt haben, wer ließ denn soviel Papier im Fluß schwimmen, obwohl doch die Zahl der Verbotsschilder zunahm, die Bußgelder drakonisch erhöht wurden?

Wie häufig reagierte der Gesetzgeber am schnellsten mit neuen strafbewehrten Verboten. Dann folgten einige positive Gebote, z. B. die Rücknahmepflicht der Industrie für alle dort verwendeten Verpackungen. Restmaterialien, Verarbeitungsrückstände durften überhaupt nicht mehr als Abfall beseitigt, sondern mußten aufgearbeitet werden. Da das Deponieren von Bauschutt und Aushub sehr kostspielig wurde, gewöhnten sich Handwerker und Planer allmählich daran, anders zu planen und zu bauen; die Mengen nahmen auf ein Viertel ab.

#### Produktion nur bei gesicherter Beseitigung des Abfalls

Insbesondere der Umstand, daß das Wegschaffen der Abfälle sehr teuer wurde, ergab schließlich eine andere Einschätzung der Situation. Die augen-

scheinlichen hygienischen Probleme in Stadt und Land trugen das ihre dazu bei. Man sah ein, daß einige wenige größere technische Anlagen in Kombination mit vielen kleinen Vorbehandlungs-, Sortier- und Transportanlagen doch unvermeidbar seien und legte dafür strenge gesetzliche Qualitäts- und Standortkriterien fest. Weil kein Baugebiet mehr entstehen durfte, keiner mehr produzieren konnte, ohne die gesicherte Beseitigung des Abfalls vorher nachzuweisen – beim Abwasser war das schon lange Gesetz –, stimmten, nolens volens, auch die Kommunen zu, Standorte, sogar in Industriegebieten, auszuweisen.

Träger der Sache wurden einerseits völlig private, fachlich sehr qualifizierte Gesellschaften, denn es lohnte sich. Andererseits bildeten jeweils mehrere Kommunen als Eigentümer private Trägergesellschaften. Dazu übten die Abfallbeseitigungsämter eine strikte Kontrolle aus und griffen nur noch selten mit eigenen Maßnahmen ein. Ebenso hielten sich jetzt die oberen Landesverwaltungen aus dem Geschäft der Standortsuche und -planung heraus. Ihr angedrohtes und gelegentlich ausprobiertes Eingreifen hatte sich nicht bewährt. Weder war genügend Ortskenntnis noch eine ausreichende örtliche Durchsetzungskraft vorhanden. Selbst für große Gebietskörperschaften war die Erfahrung der jahrelangen vergeblichen eigenen Mühe, stets unter dem Druck der Bevölkerung und der wechselnden Mehrheiten, nicht vergessen. Deshalb verließ man sich jetzt lieber auf die private Initiative. Da den Unternehmen höhere Gebühren- und Steuerersparnisse zustanden, falls sie die Emissionen senkten, stieg auch rasch die Effizienz der Anlagen.

Denn eines wurde dann doch deutlich: das Streben nach mehr materiellem Wohlstand, mehr Gütern und mehr Komfort änderten die Leute nicht; allenfalls Details daran, wie sie dazu kommen konnten. Die Frage, ob nicht Umsatzsteigerung und Renditeerwartungen, kostspielige Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit am Ende doch wieder zum Eskalieren der Probleme führen würden, blieb daher offen.